

Rainer Land

Kann die Krise des Euro mit einem Investitionsprogramm überwunden werden?

Investitionsprogramme zur Überwindung der Eurokrise sind immer wieder vorgeschlagen worden, z.B. von Varoufakis „*Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise*“ (Galbraith 2013), den Autoren des Buches „*Europa geht auch solidarisch*“ (Busch u.a. 2016) und aktuell in „*Eine Strategie für mehr Investitionen, mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa*“ (Bofinger u.a. 2017).

1. Inhalt der Vorschläge im Vergleich

Das „investitionsgestützte Rettungs- und Konvergenzprogramm“ aus dem *Bescheidenen Vorschlag* wollte einen europäischen „New Deal“ in Gang bringen. Vorgesehen waren Investitionen in Höhe von 8 Prozent des BIP der Eurozone, derzeit wären das 1.200 Mrd. Euro pro Jahr, die überproportional in den Ländern der Peripherie eingesetzt werden sollte. Ein zeitlicher Rahmen war nicht gesetzt und inhaltlich wurden keine besonderen Schwerpunkte genannt, abgesehen von der Erwähnung europäischer Verkehrsnetze. Die Investitionen sollten allgemein Wachstum und Produktivität steigern. Die Finanzierung sollte wie in der EU üblich zu je 50 Prozent durch die EU und die Mitgliedsländer erfolgen. Der EU-Anteil wäre durch Anleihen der Europäischen Investitionsbank (EIB) finanziert worden, der Anteil der Mitgliedsländer, den die meisten Defizitländer wegen der in der EU geltenden Verschuldungsgrenzen durch eigene Anleihen nicht hätten finanzieren können, sollte durch die Ausgabe von EZB-Anleihen finanziert werden.

„Mit dem Programm ist es möglich, drei Ziele zu erreichen: Es wird die Investitionen signifikant erhöhen, ohne dass Geld der Steuerzahler aus den Überschussländern eingesetzt wird. Es wird die Investitionen in die europäische Peripherie lenken, deren Zahlungsbilanz gegenüber dem Rest Europas gegenwärtig aus dem Gleichgewicht geraten ist. Und schließlich wird es die Nachfrage nach Gütern der Überschussländer beleben und damit die Eurozone aus der Krise holen.“ (Galbraith 2013, E-Book Position 559)

„*Europa geht auch solidarisch*“ schlägt ähnlich wie der Deutsche oder der Europäische Gewerkschaftsbund Investitionen in Höhe von 2 Prozent des EU-BIP (260 Mrd. Euro jährlich) vor. Das Programm soll zunächst durch Kreditaufnahme der öffentlichen Hand finanziert und später durch vermehrte Steuereinnahmen refinanziert werden. (Busch 2016: 57)

„Es wäre bei entsprechender Ausrichtung auch Motor für den überfälligen sozial-ökologischen Umbau und würde zugleich die Wirtschaft für die Zukunft leistungsfähig machen (Strukturpolitik). Investitionsfelder wären Energieeffizienz und Erneuerbare Energien, industrielle Modernisierung, der Ausbau und Erhalt der öffentlichen Daseinsfürsorge und Verkehrsinfrastruktur, schnelle Internetverbindungen, Bildung und Forschung, der soziale Wohnungsbau sowie weitere öffentliche und soziale Dienstleistungen.“ (ebenda)

Die Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen der Eurozone sollten durch eine *Ausgleichsunion* überwunden werden, die Sanktionen für Überschüsse und Defizite vorsieht, inspiriert von dem bekannten Vorschlag von Keynes. Investitionen und Anhebung des Lohnniveaus wären die Mittel, mit denen ein Überschussland wie Deutschland seinen Leistungsbilanzüberschuss abbauen soll. Eine gemeinsame Regulierung der oder Interventionen in die Lohnfindung der Mitgliedsländer ist nicht vorgesehen.

Der Vorschlag von Bofinger u.a. 2017 geht in eine ähnliche Richtung. Zunächst begründen die Autoren, dass ein grundlegender Richtungswechsel geboten ist:

„Die von Deutschland seit Jahren propagierte und den anderen Ländern aufgezwungene Vorstellung, wonach mehr Wachstum und mehr Beschäftigung nur durch nationale Spar- und Reformanstrengungen erreicht werden könnten, ist ökonomisch und politisch gescheitert.“

Mit Macron böte sich (vielleicht) die Chance für eine neue Strategie zur Rückgewinnung von Vollbeschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit in der EU. Das vorgeschlagene Investitionsprogramm sieht vor:

- 5 Jahre zusätzlich 500 Mrd. (1 % BIP des Euroraums), 100 Mrd. pro Jahr.
- zeitlich befristete Finanzierung im Rahmen eines verlängerten und neu ausgerichteten Juncker-Plans und durch ein eigenständiges Budget der Eurozone in Höhe von 30 Mrd. Euro pro Jahr sowie kreditfinanzierte öffentliche Investitionen in Höhe von einem halben Prozent des BIP, die durch Eurobonds vergemeinschaftet werden soll.
- Ziel ist u.a. eine Reduzierung des wirtschaftlichen Gefälles zwischen Zentrum und Peripherie (S.12).

Schwerpunkte der Investitionen wären:

- die Förderung einer nachhaltigen wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere durch Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz,
- die Schaffung neuer Arbeitsplätze,
- die Stärkung des europäischen Zusammenhalts,
- die Überwindung der Spaltungen innerhalb der europäischen Gesellschaften und zwischen diesen
- spürbare und relativ schnell umsetzbare Verbesserungen für die Lebensverhältnisse der Bürgerinnen und Bürger.

Dem Volumen nach ist der Vorschlag von Varoufakis mit 8 Prozent des BIP wesentlich umfangreicher als die anderen mit nur 2 Prozent. Im Prinzip aber sind alle drei Programme ähnlich ausgerichtet, sie zielen auf mehr Wachstum und auf Produktivitätssteigerungen, sehen einen Schwerpunkt in der Überwindung der Unterschiede zwischen Zentrum und Peripherie und sehen Kredite und Transfers (EU-Budget) zur Finanzierung vor. Einen umfassenden ökologischen Schwerpunkt setzen alle drei nicht, der Ausbau Erneuerbarer Energien spielt im zweiten und dritten Vorschlag eine Rolle.

Für den ökologischen Umbau wären 100 Mrd. pro Jahr viel zu wenig. Nötigt wären 500 bis 1.000 Mrd., die allerdings von Unternehmen und Staat, dabei teilweise über Programmen der Mitgliedsländer und teilweise der EU zu investieren wären.

Im Weiteren Beziehe ich mich auf den dritten, den aktuellen Vorschlag von 2017.

2. Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen der Euro-Staaten

Eine aus meiner Sicht zentrale Frage ist, wie das vorgeschlagene Investitionsprogramm mit den Handelsbilanzdifferenzen zusammenhängen und wie es zur deren Überwindung beitragen soll.

Nach der Ökologie sind Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen das zweitgrößte Problem der Weltwirtschaft und auch der Eurozone. Global sind China (2016: 511 Mrd. USD) und Deutschland (285 Mrd. USD) die Volkswirtschaften mit den größten Überschüssen, die USA (797 Mrd. USD), Großbritannien (226 Mrd. USD), Indien (96 Mrd. USD), Frankreich (72 USD) und die Türkei (56 USD) die mit dem größten Handelsbilanzdefizit.

Im Jahr 2016 betragen die Handelsbilanzdifferenzen der Länder der Eurozone rund 440 Mrd. Euro Überschüsse, davon Deutschland mit 256 Mrd. Die Defizite betragen etwa 136 Mrd. Euro, darunter Frankreich mit 64 Mrd. Euro. Bis 2011 war der Handelsbilanzsaldo der Euroländer etwa ausgeglichen, d.h. die Summe aller Überschüsse und die aller Defizite war etwa Null. Inzwischen haben einige Defizitländer ihre Defizite abgebaut oder verringert, beispielsweise Italien von minus 40 Mrd. Euro (2010) auf plus 57 Mrd. (2016). Die tiefe Krise bei hoher Arbeitslosigkeit und sinkenden Einkommen hat zu einem Einbruch der Importe geführt, d.h. die Konsolidierung der Handelsbilanz wurde durch Schrumpfung der Wirtschaftsleistung erreicht.

Die Folge dieser Schrumpfung in Defizitländern ist, dass die Eurozone inzwischen einen Handelsbilanzüberschuss gegenüber der Welt hat, 270 Mrd. Euro im Jahr 2016. Dem müssen Defizite anderer Volkswirtschaften außerhalb der Eurozone entsprechen, bekanntlich vor allem der USA und Großbritanniens.

Das bedeutet, dass der Überschuss der Eurozone gegenüber dem Nicht-Euro-Ausland inzwischen größer ist als der deutsche Überschuss allein. Manche finden das toll, aber es ist sehr gefährlich. Denn die EU produziert und exportiert, aber die Gegenleistung sind ausländische Wertpapiere, Devisen, finanzierte Auslandsvermögen, nur zu kleinen Teilen Sachvermögen im Ausland. Anders als innerhalb der Währungsunion würde eine Wechselkursanpassung – etwa des Dollars oder des Pfunds – dazu führen, dass dieser Exportüberschuss schrumpft und sich das aufgehäufte Finanzvermögen in Luft auflöst – schleichend oder plötzlich in einer nächsten Finanzkrise. Eine Finanzkrise in der Eurozone könnte auch Teile des innereuropäisch gehaltenen Finanzvermögens entwerten.

Deutschland hat vor 2000 immer wieder die Erfahrung gemacht, dass sich aufgehäufte Handelsbilanzüberschüsse durch Wechselkursanpassungen oder Umbewertung von Finanzvermögen verflüchtigt haben. Überschussländer verausgaben ihre sachlichen Ressourcen und Arbeit, verzichteten durch zurückbleibende Importe in bestimmtem Maß auf Konsum und vor allem auch auf Investitionen, bekommen dafür Geldvermögen, das sich in der nächsten Krise entwertet. Die kumulierten Exportüberschüsse Deutschlands von 1999 bis 2015 betragen 2,6 Billionen Dollar, davon sind heute aber statistisch nur noch 1,47 Billionen Dollar Auslandsvermögen vorhanden. Knapp 1,2 Billionen Dollar, fast die Hälfte, sind in 15 Jahren durch Entwertung verloren gegangen.¹ Man kann doch nicht im Ernst behaupten, dass die Idee, alle, die gesamte Eurozone, solle künftig Exportüberschüsse machen, ein zukunftsweisendes Konzept wirtschaftlicher Entwicklung sei.

1 „Ob das Auslandsvermögen also tatsächlich in ferner Zukunft mit dem Wert zur Verfügung steht, der heute in den Büchern steht, ist mehr als fraglich – es ist sogar sehr unwahrscheinlich. Denn wenn den Schuldner die Last zu schwer wird, passiert regelmäßig zweierlei: Entweder ihre Währung wertet ab, was Deutschlands Forderungen mit entwertet. Oder aber die Unternehmen oder der Staat der Abnehmerländer gehen bankrott und zahlen nicht mehr. Schon in der Vergangenheit ist das deutsche Auslandsvermögen aus solchen Gründen regelmäßig erheblich weniger schnell gestiegen, als es dem jährlichen Kapitalexport entsprochen hätte. Ein beträchtlicher Teil unseres Exportüberschusses wird also auf lange Sicht gesehen verschenkt. Die Entwicklung des berühmten Target-Saldos der Bundesbank zeigt sehr schön, wie fragwürdig die Qualität der Forderungen ist, die Deutschland aufbaut, und welche Zeitbombe für die Europäische Währungsunion und den Frieden in Europa darin schlummert. Der deutsche Target-Saldo ist 2017 um 152 Milliarden Euro auf den Rekordstand von 906 Milliarden Euro gestiegen. Rund zwei Drittel des deutschen Forderungsaufbaus entfielen also 2017 auf zusätzliche Target-Forderungen... Je länger Deutschland einen derart riesigen Leistungsbilanzüberschuss aufrechterhält, desto wahrscheinlicher ist es, dass die schwächeren Länder Europas mit der übermächtigen deutschen Konkurrenz irgendwann nicht mehr mithalten können und die Waffen strecken. Ein wahrscheinlicher Weg hin zu diesem Ergebnis ist eine kräftige Aufwertung des Euros. Diese ist wahrscheinlich, weil der deutsche Überschuss so groß ist, dass er dem Euro-Raum insgesamt einen großen und wachsenden Leistungsbilanzüberschuss beschert. Früher oder später werden solche Überschüsse durch Währungsaufwertung, die die heimischen Waren teurer macht, abgebaut. Wenn das passiert, wird es sehr eng für die wettbewerbsschwachen Länder an der europäischen Peripherie. Dann wäre auch das goldene Zeitalter für die deutsche Industrie vorbei.“ Norbert Häring, Handelsblatt-Online 16.01.2018, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/analyse-zum-leistungsbilanzueberschuss-deutschland-der-uebermaechtige-konkurrent/20852196.html?share=twitter>

Europa und Deutschland brauchen dringend einen Strategiewechsel, weg von Exportüberschüssen hin zu Investitionen in die eigene wirtschaftliche Basis, in neue, umweltkompatible Produkte und Verfahren, die Infrastruktur, den Umbau der Energie-, Verkehrs- und Siedlungssysteme usw. Mit weiter wachsenden Exportüberschüssen wird Europas Wirtschaft an die Wand gefahren. Deshalb ist eine Investitionsstrategie als Ausstieg aus einer falschen merkantilistischen Strategie grundsätzlich der richtige Weg, auch wenn über die inhaltliche Ausrichtung noch diskutiert werden muss.

3. Überschüsse und Defizite schaden der wirtschaftlichen Entwicklung

Nicht nur die Verschuldung der Defizitländer destabilisiert die Finanzmärkte und gefährdet den Euro. Auch die realwirtschaftliche Entwicklung nimmt Schaden, und zwar in den Überschussländern ebenso wie in den Defizitländern:

- Ressourcenentzug in Überschussländern: zu geringe Importe, zu geringe Investitionen. Es werden mehr Ressourcen verbraucht als ersetzt. Der Ersatz verbrauchter Ressourcen erfolgt nur selektiv (Exportorientierung) und reicht nicht aus, weil ja durch den Export Ressourcen verbraucht werden, die bei zu geringem Import nicht voll ersetzt werden können. Finanzanlagen statt Ressourcenersatz und Potenzialentwicklung. Diese selektive Investitionsschwäche ist in Deutschland offensichtlich.
- Deindustrialisierung und Arbeitslosigkeit in den Defizitländern.
- Gefahr des Verlustes des in ausländischen Wertpapieren angelegten Finanzvermögens, oben bereits genannt.
- Fehlorientierung der wirtschaftlichen Entwicklung: Export, Wettbewerbsfähigkeit auf den Außenmärkten statt Entwicklung – qualitative – der eigenen Ressourcen und Potenziale, vor allem keine Umstellung auf eine neue ökologische Entwicklungsrichtung.

Nicht Außenhandelsüberschüsse und steigende Wettbewerbsfähigkeit im Verhältnis zu anderen Volkswirtschaften, sondern der ökologische Umbau von Industrie, Landwirtschaft, Infrastruktur und Konsum muss ins Zentrum der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Erreichen von Exportüberschüssen oder der Kampf um den Abbau von Defiziten ist kein wirklich wichtiges Erfolgskriterium.

4. Lohnstückkostendifferenzen

Ursache der Handelsbilanzdivergenzen sind vor allem Lohnstückkostendifferenzen. D.h. es gäbe keine so großen und vor allem keine immer weiter wachsenden Überschüsse und keine Defizite, wenn die nationalen Löhne den nationalen Produktivitätsniveaus entsprächen. Dies scheint auch den Autoren der Vorschläge bewusst zu sein:

„Es spricht vieles dafür, dass die Lohnentwicklung in der Vergangenheit zu den Leistungsbilanzüberschüssen innerhalb des Euroraums maßgeblich beigetragen haben. Die Krise des Euroraums und deren Überwindungsstrategien durch Nachfragekompression haben das Problem nach außerhalb des Währungsraums verlagert“ (Horn 2018).

„Die ganze Agenda 2010 war nichts weiter als ein riesiger Eingriff der rot-grünen Bundesregierung ins deutsche Lohngefüge – zulasten der ärmeren Bevölkerungsgruppen in Deutschland UND zulasten Europas. Kein einzelnes Gesetzespaket trägt mehr Verantwortung für die Krise der Euro-Zone als diese deutsche Niedriglohn-Offensive.“ Trost 2018

Im Detail gab es Meinungsverschiedenheiten über die Ursachen und die Bedeutung der Lohnstückkostendifferenzen:

- Welche Rolle spielen preisliche und andere Wettbewerbsfaktoren?
- Haben Lohnstückkostendifferenzen eher Preisunterschiede auf internationalen Märkten zur Folge (was kaum möglich ist bei handelbaren Gütern) oder folgen daraus differente Gewinnspannen der Unternehmen (z.B. exorbitante Gewinne deutscher Exportunternehmen im Unterschied zu französischen)?
- Sind die Exporte zu hoch oder sind die Importe zu gering? Selbstverständlich haben die zurückbleibenden Löhne mehrere Folgen: zu geringe Importe, preisliche Wettbewerbsvorteile und höhere Gewinne der Unternehmen mit geringeren Lohnstückkostendifferenzen.
- Ist das Zurückbleiben der Löhne Folge einer falschen Strategie der Gewerkschaften oder der systematischen Schwächung der Gewerkschaften? Oder Folge der Globalisierung? Oder haben die Gewerkschaften Lohnzurückhaltung als Mittel zur Stärkung der Exportbranchen nutzen wollen?

Klar ist: Die Löhne in Deutschland sind zu gering, daher die Importe zu niedrig, und es sind Weichenstellungen erforderlich, die zu einer beschleunigten Steigerung der unteren und mittleren Einkommen und in der Folge auch der Renten und Transfereinkommen führen. Dies würde die Probleme der Eurozone an den Ursachen angehen. Es reicht dabei nicht festzustellen, dass die Löhne in den letzten zwei oder drei Jahren wieder etwas gestiegen sind. Die Nominallöhne sollen so steigen wie die Produktivität plus der Zielinflationsrate (goldene Lohnregel) – gesamtwirtschaftlich ist dies aber immer noch nicht erreicht. Es wäre darüber hinaus nötig, den Rückstand der vergangenen 15 Jahre aufzuholen, der mehr als 20 Prozent beträgt, weil nur dann die anderen Länder der Eurozone die Chance haben, ihre Wettbewerbsfähigkeit relativ zu Deutschland wieder herzustellen. Diesen Vorschlag hat Heiner Flassbeck vor Jahren mehrfach unterbreitet. Ohne Korrektur der Lohnstückkostendifferenzen kann die Eurozone nicht funktionieren (vgl. Flassbeck, Spiecker 2005 und 2010: 6).

Falsch wäre, wenn Frankreich versucht, seine Wettbewerbsposition durch zurückbleibende Löhne oder gar durch Lohnsenkungen in einen Billiglohnssektor nach deutschem Vorbild zu verbessern. Genau das aber hat die deutsche Regierung Frankreich empfohlen und darauf zielen dummerweise Macrons Arbeitsmarktreformen. Falsch wäre, wenn nach Italien nun auch Frankreich als zweitgrößte Volkswirtschaft der Eurozone versuchte, durch Nachfrageschrumpfung in eine Überschussposition zu kommen. Besser wäre, sich um eine Koordination der Lohnentwicklung und eine Investitionsstrategie zu bemühen.

Im IMK Report 133, Januar 2018 wird die Frage angesprochen:

„Nennenswerte Steigerungen bei den unteren und mittleren Einkommen sind angesichts der in der Vergangenheit deutlich gestiegenen Ungleichheit erforderlich. Schritte in die richtige Richtung wären die Erleichterung bei der Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen und eine Stärkung des Bildungssystems.“ S. 1 und Fußnote 3, S. 12 f

Die Korrektur der Lohnentwicklung spielt in den derzeitigen Diskussionen eine zu geringe Rolle. Es geht nicht nur um die zunehmende Ungleichheit der Einkommen, es geht auch um eine Anhebung des Lohnniveaus und der Lohnquote der gesamten deutschen Volkswirtschaft.

5. Überwindung der Handelsbilanzdivergenzen

In der Diskussion sind drei Strategien zur Überwindung der Handelsbilanzdifferenzen:

a) Eine Abstimmung der Lohnentwicklung in den Ländern der Eurozone entsprechend der Produktivität. Das würde an der Ursache ansetzen, dazu gleich mehr.

b) Transfersysteme. Diesen Vorschlag hat ja schon vor Jahren Yannis Varoufakis in „Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise“ unterbreitet, dann taucht er in dem Buch „Europa geht auch solidarisch“ (Busch u.a. 2016) wieder auf und in spezieller Form liegt er ja auch dem hier vorgelegten Investitionsvorschlag zu Grunde.

Insbesondere a) und b) schließen sich nicht aus, sondern sollten sogar kombiniert werden. Aber auch die folgende Variante braucht steigende Löhne und Investitionen:

c) Auslösung der Eurozone oder Austritt einiger Länder (vor allem und zunächst Italien, für Griechenland ist auch das zu spät). Ausführlich hat Mitchell (2017) dies untersucht, aber auch von Heiner Flassbeck und Martin Höpner gibt es Überlegungen und Analysen zur Einführung eines verbesserten Europäischen Wechselkurssystems. Ich will diesen Punkt hier nicht ausführlich diskutieren, nur meinen Standpunkt markieren:

- „Die Eurozone ist also alles andere als eine ‚optimale Währungsunion‘ – das heißt aber noch lange nicht, dass der Euro nicht dennoch funktionieren kann“ (Priewe, 30.01.2017). Gelänge der Umbau der Eurozone, wäre dies besser als eine Auflösung; gelingt er aber nicht, wäre ein „Weiter so“ verheerend.
- Eine Auflösung der Eurozone oder der Austritt einzelner Länder, insbesondere wenn sie denn geordnet und geregelt erfolgten, wären keine Katastrophen. Ich halte die Dämonisierung, die auch in der Linken betrieben wird, für falsch und irrational. Der Euro ist ein Instrument, nicht Sinn und Ziel der EU.
- Eine Katastrophe wäre, wenn es ohne Umbau so weiter ginge und man wartet, bis die Währungsunion in der nächsten Finanzkrise ungeplant zusammenbräche oder noch einmal 10 Jahre Depression ohne Dynamik, ohne Einstieg in den ökologischen Umbau und ohne Reorganisation der Infrastruktur folgte.
- Ohne Umbau des Euro wäre die Wiedereinführung eines verbesserten Wechselkurssystems der bessere Weg. Man muss sich nur vorstellen, was die Krise für Griechenland bedeutet hat, und sich vorstellen, dass dieses Szenario weitere Länder ereilte: „Griechenland hat 25 Prozent seiner Wirtschaft eingebüßt und die Sparpolitik hat eine Generation von jungen Menschen hervorgebracht, die keine Beziehung zur Arbeit hat und heranwachsen wird, ohne je gearbeitet zu haben. Dadurch, dass sie keine Gelegenheiten hat, Erfahrung zu sammeln, wird diese sozial entwurzelte Kohorte extrem benachteiligt. ...“ (Mitchell 572) Ein Weiter-so wäre absolut verantwortungslos.
- Die Auflösung der Eurozone oder der Austritt einzelner Länder ist eine machbare, vernünftige Option, im Übrigen weniger kompliziert als der Brexit, weil es ja nicht um einen Austritt aus der EU oder dem Binnenmarkt geht, sondern „nur“ um die Wiedereinführung einer nationalen Währung. Im Unterschied zu einer langen Depression kann der Übergang nach 5 Jahren ausgestanden sein, die Volkswirtschaften könnten sich im Rahmen einer selbstbestimmten Geld- und Fiskalpolitik wieder dynamisch entwickeln und die Folgen der vergangenen zehn Jahre Weltwirtschaftskrise nach und nach überwinden.
- Allerdings bietet die derzeitige Lage – in den meisten Ländern ist das Vorkrisenniveau wieder erreicht und die Arbeitslosigkeit beginnt langsam zu sinken – auch die Chance, einen Umbau der Währungsunion einzuleiten, der erfolgreich sein könnte, wenn er nicht

durch die Fortsetzung neoliberaler Wirtschaftsreformen, Sparpolitik und zurückbleibender Einkommen konterkariert wird. Ob es in absehbarer Zeit zu einem Strategiewechsel kommt, hängt vor allem von Deutschland ab. Ob es in Deutschland zu einem Politikwechsel kommen kann – und wann, ist schwer vorherzusehen.

Aber lassen wir die „Auflösung der Eurozone“ als Option beiseite und betrachten wir, welche Möglichkeiten eine Kombination einer dynamischen Investitionsstrategie, steigenden Einkommen und inhaltlicher Neuausrichtung – ökologischem Umbau – bietet.

6. Lohnregulation ist möglich

In den Debatten über goldene Lohnregel und die Koordination der Lohnentwicklung in der Eurozone wird oft argumentiert: a) Der Staat könne nicht die Löhne festlegen und hätte keine Möglichkeiten, in die Lohnregulation einzugreifen. b) Die Lohnfindungssysteme der Euroländer seien sehr verschieden und ließen sich nicht koordinieren. c) Für die Lohnkoordination seien Vertragsänderungen nötig, die sehr lange dauern würden und für die nach derzeitigem Stand keine Mehrheiten erwartet werden können.

Eine umfassende Vertragsänderung ist nicht schnell zu erreichen, aber es wäre sinnvoll, in der EU eine Debatte über die Notwendigkeit einer koordinierten Lohnpolitik zu beginnen. Nur dann kann man erwarten, dass sich in der Bevölkerung, in den Gewerkschaften, den Unternehmen und der Politik die Einsicht wächst, dass eine Währungsunion ohne halbwegs zusammenpassende Lohnentwicklung nicht funktionieren kann.

Aber auch vor und ohne eine Vertragsänderung sind bestimmte Schritte möglich, die durchaus den gewünschten Erfolg bringen könnten:

- Zunächst sind es ja vor allem und fast nur die deutschen Löhne, die deutlich zu niedrig sind. Ohne Vertragsänderung und Abstimmung in der Eurogruppe wäre es möglich, die größte Lohnstückkostendifferenz anzugehen, indem man in Deutschland auf eine deutliche Anhebung des Lohnniveaus, der Lohnquote und vor allem der unteren und mittleren Einkommen drängt und die Politik die Gewerkschaften hier mit dem Argument volkswirtschaftlicher Erfordernisse (nicht Gruppeninteressen!) unterstützt.
- Dazu ist es nicht notwendig, dass der Staat direkt in die Lohnfindung eingreift. Der erste Schritt wäre, dieses Problem im Zusammenhang mit der Eurokrise klar zu kommunizieren, vor allem auch, dass es auf das gesamte volkswirtschaftliche Lohnniveau ankommt, also auch und gerade um den Niedriglohnsektor geht. Hier wären Wirtschaftswissenschaftler, Medien, Gewerkschaften und Politik am Zuge.
- Zweitens könnte der Staat das Stabilitätsgesetz von 1967 neu regeln, ein annäherndes außenwirtschaftliches Gleichgewicht und damit verbunden eine Orientierung der gesamtwirtschaftlichen Lohnentwicklung an der gesamtwirtschaftlichen Produktivität aufnehmen. Dabei ist die Notwendigkeit der Einhaltung einer gemeinsamen Zielinflationssrate der Euroländer und einer dieser entsprechenden Lohnfindung festzuhalten. Gegebenenfalls und im Zusammenhang mit einer EU-Regelung wäre ein Notfall-Interventionsverfahren bei hohen Abweichungen einzuführen (siehe unten).
- Die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen wäre eine weitere geeignete Maßnahme, um Lohndumping als eine nicht gerechtfertigte wettbewerbswidrige Strategie einzuschränken.
- Darüber hinaus könnte der Staat seine eigene Tarifpolitik an ein Gleichgewicht von gesamtwirtschaftlicher Produktivität und Löhnen binden. Das schließt ein, dass die

Staatseinnahmen, z.B. die Steuern, an die volkswirtschaftlich erforderliche Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst laufend angepasst werden müssen und die Höhe bzw. die volkswirtschaftlich notwendige Steigerung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst kein Gegenstand von Sparpolitik sein darf.

- Ohne die Tarifautonomie grundsätzlich infrage zu stellen, könnte auf EU-Ebene geregelt werden: a) Es wird jährlich einen Bericht zu Löhnen, Produktivität und Inflationsraten in den einzelnen Mitgliedsländern geben bzw. dieser Punkt wird prominent in bestehende Berichtsverfahren aufgenommen und kommuniziert. b) Die Mitgliedsländer sind gehalten, im Rahmen der nationalen Lohnfindungssysteme auf eine Orientierung der Löhne an der goldenen Lohnregel und der Inflationsraten an der gemeinsam vereinbarten Inflationsrate der Euroländer hinzuwirken. c) Mitgliedsländer und Kommission legen ein Notfall-Interventionsverfahren fest, mit dem in Tarife eingegriffen werden kann, wenn Inflationsraten einzelner Mitgliedsländer erheblich von der gemeinsamen Inflationsrate abweichen. Sofern Analysen ergeben, dass diese Abweichung vor allem durch zu hohe oder zu geringe Lohnsteigerungen verursacht wurde, sind EU und die jeweiligen nationalen Regierungen berechtigt und verpflichtet, den Tarifpartnern verbindliche Auflagen zur Korrektur der Tarifvereinbarungen zu machen oder selbst korrigierte Tarife festzulegen. Dieser Punkt bedarf natürlich einer Vertragsänderung.

Wie gesagt: den ersten Schritt könnte Deutschland allein gehen, weil es das Land ist, bei dem die Löhne am meisten von der goldenen Regel abweichen, kumulativ mehr als 20 Prozent. Um dies zu korrigieren wäre es erforderlich, mehrere Jahre die Löhne schneller zu steigern, als es die goldene Lohnregel eigentlich vorsieht, um die zu geringen Steigerungen der Jahre 2000 bis 2015 zu kompensieren. Derzeit steigt die Produktivität um etwa ein bis zwei Prozent jährlich, bei einer Zielinflationsrate von 1,9 Prozent folgt daraus eine Lohnsteigerung von 2,9 bis 3,9 Prozent plus 2 Prozent, wenn man den Rückstand in knapp 10 Jahren aufholen will. Das ergäbe Steigerungsraten von nominal wenigstens 5 Prozent jährlich. Allerdings sollten die Nettobeträge nicht ganz so schnell steigen, da ja mit zunehmenden Umlagen für den demographischen Wandel, für ein wieder steigendes Rentenniveau und die steigenden Kosten des Klimawandels zu rechnen ist.

Nun ist jedem klar, dass das politisch derzeit nicht durchsetzbar ist, aber wir kennen die Alternative: Wenn es nicht abgestimmt geregelt wird, werden es die Wechselkurse und die Finanzmärkte gegen unseren Willen regeln. Klar ist, dass der Überschuss nicht so bleiben kann und nicht so bleiben wird.

7. Investitionen versus Lohnanpassungen?

Sind Lohnanpassungen oder Investitionen die richtige Strategie? Antwort: *Lohnanpassungen und Investitionen!* Investitionen allein reichen nicht, Lohnanpassungen allein auch nicht?

„Mit Lohnanpassungen allein können die Ungleichgewichte nicht mehr innerhalb vernünftiger Fristen überwunden werden.“ Horn 2018

Die Größenordnung (bis zu 5 Prozent nominale Lohnsteigerung jährlich) und der erforderliche Zeitraum (10 Jahre) der erforderlichen Anpassung ist nicht machbar, da stimme ich Horn zu. Allerdings stellt sich dann die umgekehrte Frage: Ist eine Investitionsstrategie in der angedachten Größenordnung geeignet und hinreichend, die Handelsbilanzdifferenzen abzubauen, zunächst wenigstens den weiteren Anstieg zu verhindern?

„Es muss deutlich werden, dass eine Währungsunion mit unterschiedlich leistungsstarken Volkswirtschaften auf Dauer nicht ohne finanzielle Ausgleichsmechanismen überleben kann und dass ein solcher Ausgleich am Ende allen Europäern dient.“ (Bofinger u.a. S. 1)

Welche Rolle können Transfersysteme spielen? Zunächst muss man unterscheiden zwischen transferfinanzierten Investitionen und konsumtiven Transfers, also etwa die Finanzierung von Sozialtransfers und konsumtiven Staatsausgaben durch europäische Transfersysteme. Dabei handelt es sich bislang vor allem um die Ausgleichszahlungen für die Landwirtschaft. Die EU Fördertöpfe sind teilweise konsumtiv, teilweise investiv. Die derzeit diskutierte europäische Arbeitslosenversicherung wäre ein Einstieg in einen europäischen Sozialtransfer. Ich habe Zweifel, ob dies sinnvoll ist.

Aber konsumtive Transfers spielen in dem vorliegenden Vorschlag auch keine Rolle. Sie können aber in einer akuten Krise die Rettung bedeuten (z.B. in einer akuten Zahlungskrise, bei Naturkatastrophen oder sozialen Notlagen). Mittel- und langfristig sind sie nicht geeignet, Handelsbilanzdifferenzen auszugleichen – anders als innerhalb einer Volkswirtschaft, wo Transfers die entscheidenden Ausgleichsmechanismen sind. In der Eurozone – einem System miteinander kooperierender Volkswirtschaften ohne einen gemeinsamen Lohnfindungsmechanismus, ein einheitliches Produktivitäts- und Lohnniveau und eine weitgehend einheitliche Wirtschaftsordnung würden ein Ausgleich durch Transfers zu einer dauerhaften Abhängigkeit der Defizitländer von den Überschussländern führen und – wie man historisch sehen kann – zu einer Transferökonomie, einem „Mezzogiorno“ ohne endogene Dynamik, wie sie in einigen ostdeutschen Regionen entstanden ist.

Wie aber ist es mit Transfers für Investitionen? Darauf zielte ja schon der „Bescheidene Vorschlag“ von Varoufakis (Galbraith 2013). Da ging es darum, der Deindustrialisierung Griechenlands und anderer südeuropäischer Länder etwas entgegen zu setzen, die Exportbasis zu verstärken und somit langfristig die Handelsbilanzdefizite zu überwinden. Ziel war also, durch Investitionen in Fabriken, Anlagen und Infrastruktur die Grundlage für eine langfristig wieder ausgeglichene Handelsbilanz zu legen. Damit würde auch die Grundlage für steigende Produktivität und steigende Löhne, also eine Überwindung der Standortdifferenzen bei Produktivität, Beschäftigung und Einkommen gelegt.

1. Eine solche Strategie ist sinnvoll für alle Länder mit Produktivitäts- und Einkommensrückständen. Das entspricht dem eingangs angesprochenen Ziel, das Gefälle zwischen den Ländern des Zentrums und der Peripherie zu reduzieren. Würde sie auch die aktuellen Handelsbilanzdifferenzen mindern? Wenn die Finanzierung der Investitionen in solchen Ländern vor allem aus Ländern mit Überschüssen stammt, würde sich akut an den Handelsbilanzdifferenzen nichts ändern, sehr wohl aber an der die Leistungsbilanz finanzierenden Kapitalbilanz: Statt Schulden würden eben Transfers das Handelsbilanzdefizit finanzieren, dies würde die Finanzmärkte stabilisieren, wenn und solange die Transfers gesichert sind. Die Stabilisierung von Finanzmarktspekulation ist allerdings nicht der zentrale Zweck eines Investitionsprogramms.

Langfristig könnten Investitionen dieser Art mittelbar zum Abbau der Handelsbilanzdefizite beitragen, wenn die Exporte des Defizitlandes steigen oder ein Teil der importierten Investitions- oder Konsumgüter durch eigene Produktion substituiert würde. Darüber hinaus könnte es einen weiteren Effekt geben, nämlich wenn die Wirtschaft des Empfängers nicht voll ausgelastet ist, was vielen Ländern der Peripherie, aber auch im Zentrum, zum Beispiel in Italien, der Fall ist. Dann könnte die durch Transfers geschaffene Nachfrage nach Investitionsgütern und zusätzlichen Arbeitskräften bei steigender Beschäftigung und hoffentlich auch steigenden Löhnen und Konsumausgaben zu einem wirtschaftlichen Aufschwung führen. Damit würde auch das Verhältnis von Produktivität und Löhnen verbessert. Man muss allerdings darauf achten, dass die überwiegenden Effekte in den Binnenmarkt gehen. Es hätte keinen Sinn, wenn alle einen Exportüberschuss anstreben.

2. Nun aber ist ein kritischer Punkt anzusprechen. Das Programm will durch Investitionen das Gefälle zwischen Peripherie und Zentrum verringern – gut. Aber die größten die Eurozone bedrohenden Handelsbilanzdifferenzen bestehen nicht zwischen Zentrum und Peripherie, auch wenn alle gleich an Griechenland denken (und es ist fraglich, ob Griechenland oder Spanien oder gar Italien Peripherie

sind). Die entscheidenden Handelsbilanzdifferenzen bestehen zwischen Zentrum und Zentrum, zwischen Frankreich, dem Land mit der höchsten Produktivität, und Deutschland, dem Land mit der zweithöchsten Produktivität. Deutschland hat einen Überschuss von 285 Milliarden USD, Frankreich ein Handelsbilanzdefizit von 72 Milliarden. Die Handelsbilanzdivergenzen sind kein „Zentrum-Peripherie-Problem“ und die entscheidenden die Eurozone bedrohenden Divergenzen lassen sich nicht mit Programmen nachholender Modernisierung oder Industrialisierung lösen. Es wäre absurd, Frankreich mit derartigen Investitionen auf die Sprünge helfen zu wollen, da Frankreich keinen Produktivitätsrückstand hat. Frankreich hat nur relativ zu hohe Lohnstückkosten, obwohl sie bezogen auf die Zielinflationsrate der Eurozone die richtige Höhe haben. Frankreich hat zu hohe Lohnstückkosten relativ zu Deutschland, weil Deutschland bezogen auf die Zielinflationsrate mehr als 20 Prozent zu geringe Lohnstückkosten hat – und daran kann ein Investitionsprogramm für Frankreich nichts ändern.

Man muss daher genauer untersuchen, wie die angedachten Investitionen auf die Handelsbilanzen wirken a) in den Ländern mit hoher Produktivität und Defizit, Frankreich, und b) in Deutschland mit hoher Produktivität und Überschuss und c) in Italien mit hoher Produktivität, inzwischen auch Überschuss, aber schwerer Krise und anhaltender Stagnation. Hier sind die Zusammenhänge jeweils ganz andere als in peripheren Ländern mit geringer Produktivität wie Bulgarien oder Rumänien.

Investitionen sollen nicht nur in den Defizitländern erfolgen, sondern in der gesamten EU, auch Deutschland hat ein Investitionsdefizit, aber nicht trotz, sondern gerade wegen der Überschüsse und dem damit verbundenen Verzicht auf Importe, die die verbrauchten Produktionsressourcen ersetzen könnten.

Natürlich würde die Nachfrageausweitung, sofern sie nicht durch Einsparungen an anderer Stelle kompensiert wird, zunächst zu einer steigenden Binnennachfrage nach Investitionsgütern führen. Das verringert zwar die Exporte nicht, aber die Importe dürften steigen und der Anteil der Exporte an dem durch die Investitionsnachfrage gestiegenen BIP.

Nur was passiert in der zweiten Runde? Da könnte eine Investitionsoffensive dazu führen, dass die deutsche Exportindustrie ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland noch weiter ausbaut und die Exporte weiter steigen. Es kommt also auf die inhaltliche Richtung der Investitionen an. Ich plädiere hier ganz klar für ökologischen Umbau, Nahverkehrs- und Siedlungsinfrastruktur, Bildung und soziale Infrastruktur und für Investitionsförderung in regionale Wirtschaftskreisläufe und lokale Märkte sowie einen dazu passenden Umbau der Agrarwirtschaft, nicht aber den Export von Agrarprodukten, der aus mehreren Gründen kontraproduktiv ist, insbesondere wenn er in Entwicklungsländer geht.

Eine Förderung von Innovationen, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen weiter ausbaut, ohne die Lohnrückstände aufzuholen, sollte für Überschussregionen und Exportbranchen ausgeschlossen werden. Die gewaltigen Gewinne und die angehäuften Ersparnisse der Exportunternehmen reichen für die Finanzierung von Innovationen in diesem Bereich völlig aus. Das gilt auch für den Umbau der Autoindustrie, der keine Subventionen oder gar Hilfen benötigt. Wenn hier Kapazitäten abgebaut werden müssen, dann ist das nur gut. Helfen muss man nicht den Unternehmen, die an vergangenheitsorientierten Strategien kleben, sondern den Arbeitskräften und den Regionen. Eine Investitionsstrategie, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Exportbranchen zu Lasten der Allgemeinheit erhöht, wäre kontraproduktiv.

3. Eine Dynamisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in der EU wirkt auch über den Lohnkanal. Wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt, die Arbeitslosigkeit sinkt, dann besteht die Chance, dass eine Lohnentwicklung unterstützt wird, die die bestehenden Lohnstückkostendifferenzen verkleinert und damit hilft, Überschüsse und Defizite in der Eurozone und im Verhältnis der EU zur Weltwirtschaft zu verringern.

Steigende Löhne, eine europäische Lohnregulation und die Ausweitung transferfinanzierter Investitionen können nur zusammen in die richtige Richtung wirken.

*„Eine solidarische, zukunftsfähige europäische Wirtschaftspolitik wird ... darauf achten, dass durch öffentliche Förderung und gezielte Infrastrukturmaßnahmen neue Produktion und Innovation vor allem dort entstehen, wo die Not und die Arbeitslosigkeit regional besonders groß sind. Und sie muss Einfluss nehmen auf die Entwicklung der Löhne, der Produktivität und der Qualität der Arbeit.“
Trost 2017.*

Fazit: Eine Investitionsstrategie weist in die richtige Richtung. Der für die Stabilisierung des Euro erforderliche Effekt beim Abbau der Handelsbilanzüberschüsse und Defizite wird aber nur bei einer Kombination von Lohnregulation, sprich zunächst steigenden Löhnen in Deutschland, und einer europäischen Investitionsstrategie erreicht. Darüber hinaus ist eine genauere inhaltliche Ausrichtung der Investitionen sinnvoll.

8. Investitionen und Ökologie: Wachstum? Postwachstum?

Eins ist doch klar, der ökologische Umbau der Industrie, der Landwirtschaft, der Infrastruktur und des Konsums sind die wichtigste Aufgabe, um unsere Zukunft zu retten, global, regional und lokal. Ich will hier keine Katastrophenszenarien aufmachen: Es ist meines Erachtens technologisch und wirtschaftlich möglich, die heute bestehende Wirtschaft ökologisch umzubauen und zu erneuern. Das muss aber auch passieren, sonst gibt es diese Chance nicht mehr, und es muss jetzt beginnen! Viel wird davon abhängen, ob es auch politisch und kulturell möglich wird. Da sind derzeit die Hindernisse.

Es wäre absurd, die Stabilisierung des Euro, soziale Teilhabe und ökologischen Umbau als Alternativen gegenüber zu stellen oder gegeneinander aufzurechnen, wie das die Neoklassik in ihren Optimierungsmodellen (Internalisierung externer Kosten) gerne tut. Jeder dieser drei Schwerpunkte einer künftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung – ökologischer Umbau, Sicherung und qualitative Neugestaltung von Teilhabe und Überwindung der Eurokrise, ist *gleichermaßen unverzichtbar*. Jeder Schwerpunkt kann nur realisiert werden, wenn alle drei umgesetzt werden, und zwar ohne Abstriche. Man kann keine ganze soziale Teilhabe mit einem halben ökologischem Umbau, mit einer halb zerstörten Erde erreichen, und die gerettete Eurozone ist selbst mit einer geretteten Umwelt keinen Pfennig wert, wenn keine Menschen mit einem erfüllten Leben und einer sicheren Zukunft daran teilhaben.

Angesichts der Kombination von steigenden Löhnen und wachsenden Investitionen werden meine Freunde aus der Postwachstumsökonomie entsetzt die Hände heben und sagen: Seid ihr verrückt, habt ihr immer noch nicht begriffen, dass *Wachstum nur in den Abgrund führt*? Und da haben sie recht, zumindest dann, wenn wachsende Löhne und zunehmende Investitionen bedeuten, dass einfach die derzeitige Produktions- und Konsumtionsstruktur fortgeschrieben wird, die CO₂-Emissionen, die Plastikmüllberge, die Gifte im Boden und im Wasser immer weiter ansteigen, während lebenswichtige Ressourcen zu Ende gehen. Endloses Wachstum ist nicht möglich auf einem endlichen Planeten.

Daher sind wachsende Löhne nur möglich, wenn das Investitionsprogramm ganz klar auf den ökologischen Umbau ausgerichtet wird. Es geht darum, durch dynamische Innovationsprozesse millionenfach neue umweltkompatible Produkte und Verfahren zu entwickeln und – das ist genauso wichtig – dadurch die bestehenden Produkte, Verfahren, Rohstoffe und Abprodukte nach und nach zu ersetzen. Schöpferische Zerstörung gehört genauso zum Innovationsprozess wie das entstehende Neue.

Es ist absurd, wenn große Kapazitäten Erneuerbarer Energien aufgebaut, aber die Kohlekraftwerke und andere CO₂-emittierende Energiesysteme nicht abgebaut werden. Man braucht sich nicht zu wundern, dass die CO₂-Emissionen nicht sinken, wenn man Kohlekraftwerke nicht abschaltet, obwohl sie überflüssig werden – nur weil man meint, es sei doch einträglich, den überschüssigen Strom noch ein paar Jahre zu exportieren. Da ist sie wieder, diese Exportmanie. Hier muss eine volkswirtschaftliche Logik und eine gesellschaftliche Perspektive ganz klar durchgesetzt werden gegen betriebswirtschaftliche Kurzsichtigkeit.

Es sollte allerdings eine Selbstverständlichkeit sein, dass der Bevölkerung der betreffenden Regionen nicht nur eine Kompensation für wegfallende Arbeitsplätze, sondern vor allem eine neue wirtschaftliche Perspektive geboten werden muss. Das könnte Inhalt eines Investitionsprogramms sein: wegfallende nicht umweltkompatible Produktion, Kohlekraftwerke und überflüssige, veraltete Autofabriken abzubauen und Neues zu errichten. Nicht Widerstand gegen die Schließung der Kohlekraftwerke, sondern sinnvolle Investitionen in neue Wirtschaftskreisläufe, beispielsweise Ressourcenbewirtschaftungssysteme, neue umweltkompatible Stoffkreisläufe, Plaste aus abbaubarer Biomasse, all das ist vielleicht wichtiger als die Digitalisierung der Kühlschränke und smarte Waschmaschinen.

Zum ökologischen Umbau gehört nicht nur die Entwicklung und Verbreitung neuer umweltkompatibler Produkte und Verfahren, sondern auch der Abbau nicht umweltkompatibler Produkte und Verfahren in der Reihenfolge ihrer Schädlichkeit. Umbau ist daher nicht einfach Wachstum, sondern eine Kombination von Auf- und Abbau bei absolut sinkendem Ressourcenverbrauch. Dazu an anderer Stelle mehr (Land 2017). Jedenfalls muss dies ins Zentrum eines zukunftsweisenden Innovations- und Investitionsprogramms.

Entwicklung ohne Wachstum ist ein Naturgesetz, ein Modus des Erdsystems seit mindestens drei Milliarden Jahren, denn die Stoffströme des Erdsystems können gar nicht wachsen (ein paar Meteoroiden, Asteroiden machen den Stoffstrom nicht fatter) und der den Entropieexport ermöglichende Energiestrom von der Sonne durch die Erdsysteme ins Weltall ist viele Millionen Jahre ziemlich konstant. Trotzdem entwickeln sich seit Milliarden Jahren immer wieder neue Lebensformen, neue ökologische Nischen, neue geologische Formationen, endlos entstehen und vergehen neue Arten, Lebewesen und Lebensräume. Wer sich etwas ausführlicher mit Naturwissenschaften und Geschichte des Erdsystems beschäftigt, könnte lernen, wie der vermeintliche Widerspruch zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Grenzen des Wachstum aufgelöst werden könnte: endlose Entwicklung statt Wachstum.

Selbstverständlich: Endloses Wachstum der Energie- und Stoffströme ist auf einem endlichen Planeten unmöglich, aber sehr wohl *endlose wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung*. Dies ist der Kern des ökologischen Umbaus, der Übergang zu einer ökologischen Kreislaufwirtschaft bei Entwicklung reicher menschlicher Lebensweisen, Entwicklung neuer Produktions- und Konsumtionsweisen. Dazu gehören auch florierende Unternehmen und wachsende Einkommen, weil nur mit wachsenden Einkommen neue Konsumtions- und Lebensweisen möglich werden – bei konstant bleibenden oder sinkenden Energie- und Stoffströmen. Wer aber Verzicht auf wachsende Einkommen der Bevölkerungsmehrheit propagiert, macht neue umweltkompatible Lebens- und Konsumweisen unmöglich und verhindert ökologischen Umbau.

9. Ökologischer Umbau bei steigenden Einkommen?

Zuweilen wird eine Begrenzung oder sogar Absenkung der Einkommen als probates Mittel zur Durchsetzung ökologischer Ziele gesehen. Ich halte diese Position für falsch. Sinkende Einkommen oder gar Einkommen an oder unter der Armutsgrenze sind überwiegend mit ökologisch ungünstigen Konsumstrukturen assoziiert. Sie tragen nicht zu einer Verbesserung der ökologischen Lage bei.

Steigende Einkommen sind im Rahmen des ökologischen Umbaus aus drei Gründen nötig:

Erstens ist ein Strukturwandel der Konsumtion nur mit erweiterten Dispositionsmöglichkeiten der Verbraucherhaushalte möglich. Dazu müssen Haushalte größere Einkommensspielräume haben, um zwischen verschiedenen Produkten wählen und sich ggf. auch für teurere, anspruchsvolle ökologische Produkte entscheiden können. Dies gilt besonders für geringe und mittlere Einkommen.

Zweitens wird der ökologische Umbau mit einer Verteuerung vieler bewirtschafteter knapper Naturressourcen und Rohstoffe einhergehen. Bei einem relevanten Teil der erneuerten Produkte und Verfahren wird wahrscheinlich der Aufwand an Arbeit steigen, vor allem an Forschungs- und Entwicklungsarbeit, um ökokompatible Stoffkreisläufe zu gestalten oder nicht umweltkompatible Produkte und Verfahren zu ersetzen. Daher werden neue Konsumgüter und Dienstleistungen wertvoller und teurer, auch wenn die Geldentwertung im Rahmen der Zielinflationsrate bleibt. Es geht um Wertsteigerungen, nicht um Inflation. Die Kosten für Energie, Fleisch, Gesundheitsleistungen, Urlaubsreisen u. ä. beispielsweise werden steigen, weil diese Produkte grundlegend umgebaut werden müssen. Auch ein zunehmender Anteil von Bildungs- und Kulturleistungen erfordert einen Einkommenszuwachs: Diese Bereiche sind arbeitsaufwendig und in vielen Dienstleistungsbereichen sind kaum kostensenkende Produktivitätssteigerungen möglich, insbesondere nicht bei Bildung und Kultur. (Die Zahl der Patienten pro Arzt oder der Schüler pro Lehrer kann durch Innovationen nicht gesteigert werden.

Drittens schließlich wird der ökologische Umbau von der Bevölkerungsmehrheit nur mitgetragen und mitgestaltet werden können, wenn er mit einer verbesserten Teilhabe, Mitgestaltung und Mitbestimmung verbunden ist – und Teilhabe betrifft auch Einkommen und Vermögensanteile. Die Einkommensungleichheit, die soziale Ungleichheit und das Machtungleichgewicht müssen im Zuge des ökologischen Umbaus verringert werden.

Steigende Einkommen stellen nicht nur eine Verbindung zwischen dem ökologischen Umbau der Wirtschaft und der Konsumtionsweise der Haushalte her, sie sind auch wichtig für die Erneuerung der Sozialsysteme und des Sozialstaats. Wenn die Zahl der Rentnerinnen und Rentner relativ zur erwerbstätigen Bevölkerung wächst und zudem die Kosten für das Gesundheitswesen steigen, dann muss ein größerer Teil der Einkommen über die Sozialsysteme umverteilt werden. Das geht nur, wenn die Bruttoeinkommen steigen, weil es dann möglich ist, einen Teil des Zuwachses an die Sozialsysteme abzugeben. Die Bruttoeinkommen wachsen, die Ausgaben wachsen ebenfalls, aber so, dass auch die Nettoeinkommen steigen. Stagnierende oder nur minimal wachsende Bruttoeinkommen blockieren Zuwächse im Sozialsystem und stützen Forderungen nach Sozialabbau („Mehr Netto vom Brutto“). Nur steigende Einkommen sind mit einem Ausbau der Sozialsysteme, der Bildung und mit dem ökologischen Umbau kompatibel.

10. Ein Strategiewechsel als Chance für die Erneuerung der SPD

Abschließend noch einen Blick auf die Erneuerung der SPD. Betrachtet man das vorgeschlagene Investitionsprogramm im Kontext eines größeren gesellschaftlichen Umbruchs, wie ich dies eben anzudeuten versuchte, dann wird klar, dass drei zentrale gesellschaftliche Perspektiven zusammengehören und daher auch politisch verknüpft werden müssen:

- Der *ökologische Umbau* als Übergang zu einer umweltkompatiblen Produktions- und Lebensweise – auf der Grundlage einer zu erwartenden Weltbevölkerung von etwa 9 Milliarden Menschen,
- die Gestaltung eines neuen, weiterentwickelten und erweiterten Modells der *Teilhabe aller Menschen*, zu dem neben Einkommen und sozialer Sicherung *emanzipatorischer Fortschritt* und die *selbstbestimmte Teilhabe an der Gestaltung reicher und zugleich umweltkompatibler Lebensweisen* gehört,
- der *Stabilisierung der Eurozone und der EU* durch eine neue Perspektive dynamischer, innovationsbasierter *wirtschaftlicher Entwicklung*.

Statt der Exportorientierung, Finanzialisierung und Kommerzialisierung der Lebensweise müssen ökologischer Umbau und Teilhabe die dominanten, gleichberechtigten und nicht gegeneinander aufrechenbaren Kriterien eines neuen Regimes wirtschaftlicher Entwicklung werden.

Dies wäre keine Abkehr von Kapitalverwertung und wirtschaftlicher Effizienz, aber eine Neubestimmung der Effizienzkriterien, die die Autonomie der Lebensweisen und die Dominanz gesellschaftlich gesetzter Entwicklungsperspektiven über das Geldverdienen einschließt. Kapitalverwertung ist auf dieser Ebene Mittel und nicht Zweck gesellschaftlicher Entwicklung.

Wachstum, Arbeit, Löhne, Arbeitsbedingungen, Rente, Gesundheitswesen usw. allein und jedes für sich reichen für eine strategische Neuorientierung nicht. Eine Erneuerung der SPD muss eine neue *gesellschaftspolitische Entwicklungsperspektive* zur Grundlage haben, die den ökologischen Umbau immanent beinhaltet.

Es geht nicht zuerst darum, was kommunizierbar ist und neue Mehrheiten schaffen kann, sondern umgekehrt: Neue Mehrheiten wird man nur gewinnen können, wenn man überzeugend neue und zusammenpassende Entwicklungsperspektiven aufzeigen kann.

In diesen Zusammenhang von ökologischem Umbau, Entwicklung neuer und erweiterter Teilhabedimensionen und Erneuerung europäischer Perspektiven können viele weitere Ziele eingeordnet werden: Umbau der sozialen Sicherung, Wohnungsbau, Infrastruktur, Bildung usw. Wichtig ist, dass dies eben keine beliebig kombinierbaren Spiegelstriche sind, sondern Teile eine erneuerten und erweiterten gesellschaftspolitischen Perspektive, die die historische Tradition der SPD, die Orientierung an den Interessen der Arbeiter und der Teilhabe aller am Wohlstand aufgreift, emanzipatorische Perspektiven der Gegenwart weiterhin aufnimmt und um eine Zukunftsperspektive, die Entwicklung umweltkompatibler Produktions- und Lebensweisen, erweitert.

Die Erneuerung der SPD ist nicht möglich im Rahmen der neoliberalen Paradigmen, die die Politik der vergangenen Jahre bestimmt haben, leider in weiten Teilen auch die der SPD. Die Erneuerung der SPD, „grundlegend, selbstkritisch und schonungslos“, bedarf einer anderen gesellschaftspolitischen Orientierung und sie „wird außerhalb einer großen Koalition sein oder sie wird nicht sein.“ (Kevin Kühnert auf dem Parteitag der SPD, 7.12.2018)

Literatur

- Bofinger, Peter u.a. (2017): Eine Strategie für mehr Investitionen, mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa. Von Peter Bofinger, Franziska Brantner, Sebastian Dullien, Gustav Horn, Matthias Kollatz-Ahnen, Lisa Paus, Angelica Schwall-Düren, Gesine Schwan, Axel Troost und Harald Wolf, 23.05.2017. <http://restart-europe-now.eu/wp-content/uploads/2017/06/Eine-Strategie-f%C3%BCr-mehr-Investitionen-mehr-Wachstum-und-Besch%C3%A4ftigung-in-Europa.pdf>
- Busch, Klaus; Axel Troost; Gesine Schwan; Frank Bsirske; Joachim Bischoff; Mechthild Schrooten; Harald Wolf (2016): Europa geht auch solidarisch! Streitschrift für eine andere Europäische Union. Hamburg: VSA-Verlag
- Flassbeck, Heiner; Spiecker, Friederike (2005): Die deutsche Lohnpolitik sprengt die Europäische Währungsunion. In: WSI-Mitteilungen 12/2005, Online: https://www.boeckler.de/wsimit_2005_12_flassbeck.pdf
- Flassbeck, Heiner; Spiecker, Friederike (2010): Lohnpolitische Konvergenz und Solidarität oder offener Bruch. In: Wirtschaftsdienst 2010 Nr. 3
- Flassbeck, Heiner; Costas Lapavistas (2015): Nur Deutschland kann den Euro retten: Der letzte Akt beginnt. Frankfurt: Westend Verlag.
- FOCUS Online (2017): Finanzminister Schäuble soll Trump Wirtschafts-Nachhilfe geben. FOCUS Online v. 19.04.2017, http://www.focus.de/finanzen/news/handelsueberschuesse-finanzminister-schaeuble-soll-trump-wirtschafts-nachhilfegeben_id_6984301.html
- Fratzcher, Marcel (2017): Handelsüberschüsse: Warum die US-Kritik an Deutschland teilweise stimmt“. Spiegel Online v. 31.01.2017, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/donald-trump-warum-die-us-kritik-an-deutschland-teilweise-stimmt-a-1132576.html>
- Galbraith, James K.; Stuart Holland; Yanis Varoufakis (2013): Bescheidener Vorschlag zur Lösung der Eurokrise. München: Kunstmann
- Herrmann, Ulrike (2016): Verluste der deutschen Banken: Auf der Spur des verlorenen Geldes, taz v. 30.10.2016, <http://www.taz.de/!5348343/>
- Höpner, Martin (2017): Reformbaustelle Währungsunion: Voran in ein EWS II? In: Flassbeck, Heiner u.a., Markt und Staat neu denken. Wiesbaden: Makroskop Mediengesellschaft
- Horn, Gustav (2018): Globale Ungleichgewichte und der deutsche Exportüberschuss. Präsentation Januar 2018. <http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Veranstaltungsarchiv/20180109-konferenz-deutsche-rolle-in-der-globalisierung.html>
- IMK (2018): IMK-Report 133, Januar 2018. https://www.boeckler.de/imk_5009.htm
- Land, Rainer (2017, 2018): Überschüsse und Defizite in den Handelsbilanzen zerstören die Eurozone und gefährden die Europäische Union. In: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik. Teil I in Nr. 220, Dezember 2017, Teil II in Nr. 221, 2018
- Land, Rainer (2017a): Der Irrtum der Postwachstumsdebatte (Teil 1, 2 und 3). In: Makroskop v. 04.04.2017, 25.4.2017 und 28.04.2017, <http://www.rla-texte.de/wpcontent/uploads/2017/04/2017-04-28-der-irrtum-der-postwachstumsdebatte-1-2-3.pdf>
- Land, Rainer (2017b): Kapitalismus reloaded. Regime wirtschaftlicher Entwicklung im Übergang vom 20. zum 21. Jahrhundert. Skript zu einem Vortrag am 22.4.2017 im Max-Lingner-Haus Berlin, http://www.rla-texte.de/wp-content/uploads/2017/03/2017-03-12-Land_Kapitalismus-reloaded-mit-Bild.pdf
- Land, Rainer (2017c): Ist Ökokapitalismus möglich? In: Flassbeck, Heiner u. a., Markt und Staat neu denken. Wiesbaden: Makroskop Mediengesellschaft
- Mitchell, William (2017): Dystopie Eurozone: Gruppendenken und Leugnung im großen Stil. Berlin: Lola Books.
- Priewe, Jan (2017b): Leistungsbilanzüberschüsse: Wie das ifo-Institut den neuen deutschen Merkantilismus legitimiert“. Makronom (blog) v. 09.08.2017, <https://makronom.de/leistungsbilanzueberschuesse-wie-das-ifo-institut-den-neuen-deutschenmerkantilismus-legitimiert-22424>
- Trost, Axel (2017): Anders und besser wirtschaften in Europa! Alternative Wirtschaftspolitik heute. Vortrag anlässlich der Verleihung des Jörg-Huffs Schmid-Preis 2017 am 6.12.2017. <http://restart-europe-now.eu/2018/01/14/anders-und-besser-wirtschaften-in-europa-alternative-wirtschaftspolitik-heute/>